

452253-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – SSB Umbau und Modernisierung HV - Objektplanung und Technische Ausrüstung
OJ S 145/2024 26/07/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: SSB Stuttgarter Straßenbahnen AG

E-Mail: 2447@cpm.gmbh

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des Auftraggebers: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: SSB Umbau und Modernisierung HV - Objektplanung und Technische Ausrüstung

Beschreibung: Die SSB Straßenbahnen AG beabsichtigt den Umbau und die Modernisierung ihrer Hauptverwaltung in Stuttgart. Gegenstand der Vergabe sind die Leistungen der Objektplanung für Gebäude inkl. Freianlagen und der Fachplanung Gebäudetechnik (Elektro, Heizung, Sanitär, Klimatechnik, Lüftung, Küchentechnik, Aufzug) gemäß HOAI. -

Objektplanung für Gebäude gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 Nummer 10.1 zu § 34 Absatz 4 HOAI, - Freianlagenplanung gemäß § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 Nummer 11.1 zu § 39 Absatz 4 HOAI, - Technischen Ausrüstung HLSKE gemäß § 53 Nr.1-8 und § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 Nummer 15.1 zu § 55 Abs. 3 HOAI.

Kennung des Verfahrens: da01a8fd-f9e8-4e41-be0d-624853a2c785

Interne Kennung: 2447.2

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Ein Erstangebot dürfen nur diejenigen

Wirtschaftsteilnehmer einreichen, die gemäß §20 Abs.2 SektVo vom AG nach Prüfung der übermittelten Informationen zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber aufgefordert werden.

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf Basis der Erstangebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben gemäß §15 Abs.4 SektVo. Sofern der Zuschlag nicht bereits auf das wirtschaftlichste Erstangebot erteilt wurde, wird der AG die Bieter /Bletergemeinschaften auf den ersten mind. drei max. fünf Plätzen zur Teilnahme an Verhandlungsgesprächen auffordern.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71356400 Technische Planungsleistungen, 71300000

Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71321200 Heizungsplanung, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schockenriedstraße

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4DMZHG04

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Korruption: § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr).

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland).

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Wenn der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 89c des Strafgesetzbuchs

(Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche).

Betrugsbekämpfung: § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen

Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Zahlungsunfähigkeit: Wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Wenn das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Wenn ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Wenn das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Wenn das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen

ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Entrichtung von Steuern:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: SSB Umbau und Modernisierung HV - Objektplanung und Technische Ausrüstung

Beschreibung: Die Hauptverwaltung gliedert sich in 3 Gebäudeteile, die sich in West-Ost-Richtung erstrecken: Kopfbau und Mittelbau (Modul 1) sowie Verwaltungsbau (Modul 2). Der Kopfbau erstreckt sich über 7 Geschosse inklusive 1 Untergeschoss und ist mit ca. 220 Arbeitsplätzen besetzt. Der Kopfbau hat insgesamt 4 Geschosse und einen kleinen unterkellerten Teilbereich. Hier bestehen ca. 50 Arbeitsplätze. Die Tiefgarage soll erweitert werden. Der Verwaltungsbau (Modul 2) hat insgesamt 8 Geschosse incl. 1 Untergeschoss und ca. 200 Arbeitsplätze. Es ist eine modul- und stufenweise Beauftragung beabsichtigt. Ein Anspruch auf Weiterbeauftragung besteht nicht. Zunächst sollen die vergabegegenständlichen Planungsgrundleistungen Gebäude sowie Freianlagen und der technischen Gebäudeausrüstung der LPH 1 (Grundlagenermittlung) gemäß HOAI bzw.

Entscheidungsunterlage (EU-Bau) gemäß RBBau für Modul 1 und Modul 2 beauftragt werden. Die weitere Beauftragung erfolgt jeweils durch schriftliche Mitteilung des Auftraggebers. Nach Stufe 1 wird entschieden, ob Modul 2 zur Ausführung kommen soll. Bei einer Entscheidung für Modul 2 wird eine stufenweise Beauftragung gemeinsam mit Modul 1 stattfinden. In diesem Fall werden die Module zusammengeführt. Geplant ist die stufenweise Vergabe der Leistungsphasen 1,2,3,4,5,6,7,8,9 nach HOAI. Die Planung erfolgt nicht baubegleitend. Zum Zeitpunkt der Baumaßnahme sind die 3 Gebäude nicht mehr "bewohnt". Es wird mit einem Auszug aller Mitarbeiter und Sonderflächen aus der Hauptverwaltung bis Mitte 2026 gerechnet. Die Planung soll bis 1. Quartal 2027 finalisiert werden und die Bauausführung im 2. Quartal 2027 beginnen. Das Bauvorhaben soll bis Ende Q1 2029 fertiggestellt werden (Schlüsselübergabe). Die Beauftragung und Durchführung der Planung und Ausführung erfolgen auf Grundlage: - der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau 2022) - der Richtlinien für die Beteiligung freiberuflich Tätiger (RiFT-Tabellen, Land, 2022). Energieeffizienz / Klimaneutralität: Durch eine hochwärmedämmte Ausführung der Fassade sowie eine moderne Anlagentechnik ist die Einhaltung der Anforderungen gemäß GEG (ab 1.11.2020 - Gebäudeenergiegesetz "GEG") und sonstiger gesetzlicher Vorgaben für Nichtwohngebäude zu erreichen. Als Ziel ist anzustreben, dass Gebäude so klimaneutral zu planen, dass der nach DIN 18599:2018-09 ermittelte jährliche Endenergiebedarf, ohne eventuelle Prozessenergie (bspw. EDV-Kälte, individuelle Nutzeraggregate) und ohne Nutzerstromanteile, vollständig über die gebäudeeigene Photovoltaik-Anlage abgedeckt werden kann. Schallschutz: Das Gebäude ist gemäß der zum Zeitpunkt der Baugenehmigung baurechtlich eingeführten Anforderungen der DIN 4109-1, 2018-01 auszuführen. Für Büros, Schulungsräume, Besprechungsräume etc. gelten die erhöhten Schallschutz-Anforderungen aus dem Beiblatt DIN 4109-5, 2020-08. Für die Gebäudehülle sind die Anforderungen auf Grundlage eines Gutachtens zum Schallschutz gegen Außenlärm entsprechen nachweislich

den öffentlich-rechtlichen Anforderungen festzulegen. Brandschutz: Die Planung der einzelnen Bereiche und Bauteile erfolgt auf Grundlage des zu erstellenden Brandschutzgutachtens. Gesundheitsschutz, Nachhaltigkeit: Bei der Ausführung werden gesundheitlich unbedenkliche, umweltgerecht hergestellte und funktionell einwandfreie Bauprodukte und Einrichtungsgegenstände zu verwenden. Das Gebäudekonzept orientiert sich an den Vorgaben des Stuttgarter Klimakonzeptes "Klima in Not". Hier seien beispielhaft die Klimaneutralität, Grünflächenkonzepte und Nutzung erneuerbarer Energien genannt. Fassaden: Die verglasten Fassadenflächen sind als Leichtmetall-Elementfenster oder Pfosten-Riegel-Konstruktion zu erstellen. Alternativ kann eine Holz-Alu-Fensterkonstruktion zur Ausführung kommen. Die Metall-Oberflächen sind pulverbeschichtet auszuführen. Wärme- und Kälteversorgungsanlagen: Die statische Wärme- und Kälteversorgung ist mittels Sole-Wärmepumpen mit Anbindung an das Geothermiefeld zu realisieren. Lüftungsanlagen Bürogeschosse: Das Gebäude wird mit mechanischer Lüftung mit Wärmerückgewinnung geplant. Die Anlagen sind als zentrale Anlagen mit den Funktionen Heizen und Kühlen vorgesehen. Lüftung Lager- und Technikräume (Untergeschoss): In den Untergeschossen ist eine Abluft mit Wärmerückgewinnung vorzusehen. Dächer und Dachterrassen: Ungenutzte Dachflächen sind als Flachdächer mit extensiver Begrünung herzustellen. Fettabscheider: Für die vorgesehene Küche wird ein Fettabscheider benötigt. Ölabscheider: Für die Werkstattbereiche ist die Notwendigkeit zu prüfen.

Interne Kennung: 2447.2

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71356400 Technische Planungsleistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71321200 Heizungsplanung, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Planungsleistungen werden stufenweise und modulweise beauftragt. Der AG überträgt dem AN mit Zuschlagserteilung die im Vertrag aufgeführte Leistung (LPH 1 HOAI bzw. LS 1 nach RBBau) für Modul 1 und Modul 2. Der AG hat das einseitige Recht, den AN entweder einmalig oder sukzessive mit jeweils einer oder mehreren weiteren Leistungsphasen oder (Teil-)Leistungen daraus zu beauftragen. Die weitere Beauftragung erfolgt jeweils durch schriftliche Mitteilung des AG. Folgende Beauftragungsstufen sind beabsichtigt: Stufe 1 (Modul 1 und Modul 2) = LPH 1 HOAI Grundlagenermittlung/ Entscheidungsunterlage-Bau RBBau Stufe 2 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 2 HOAI Vorplanung/ Entwurfsunterlage-Bau RBBau Stufe 3 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 3 HOAI Entwurfsplanung/ Fortführung Entwurfsunterlage-Bau RBBau Stufe 4 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 4 HOAI Genehmigungsplanung/ Fortführung Entwurfsunterlage-Bau RBBau - Bei Bedarf Stufe 5 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 5 HOAI Ausführungsplanung/ Ausführungsplanung RBBau Stufe 6 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 6 HOAI Vorbereitung der Vergabe/ Fortführung Ausführungsplanung RBBau Stufe 7 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 7 HOAI Mitwirken bei der Vergabe/ Fortführung Ausführungsplanung RBBau Stufe 8 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 8 HOAI Objektüberwachung/ Bauausführung RBBau Stufe 9 (Modul 1 und optional Modul 2) = LPH 9 HOAI Objektbetreuung/ Bauübergabe und Baubestandsdokumentation

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schockenriedstraße

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Auf Basis der nachfolgend aufgeführten Auswahlkriterien werden

mind. 3 max. 5 Bewerber vom AG ausgewählt, die im Rahmen des Verhandlungsverfahrens

zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert werden. Dabei werden lediglich Bewerber

/Bewerbergemeinschaften berücksichtigt, bei denen keine Ausschlussgründe nach §§123, 124

ff. GWB vorliegen und deren Eignung den Vorgaben des AGs entspricht. Es wird zunächst

geprüft, ob die formalen Anforderungen in den Teilnahmeanträgen erfüllt wurden.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggfs. Nachforderung von Unterlagen weiterhin

unvollständig bleiben, finden keine Berücksichtigung. Danach wird die mögliche Eignung auf

Basis der eingereichten Angaben und Nachweise zur Erbringung der

verfahrensgegenständlichen Leistungen geprüft. Unter den als grundsätzlich geeignet

eingestuften Bewerbern wird zuletzt beurteilt, welche im Vergleich zu den Mitbewerbern auf

Grundlage der geforderten Eignungskriterien (Referenzen und Mitarbeiterzahl) die höchste

Gesamtpunktzahl nach der nachfolgend genannten Punkteverteilung erreicht haben und somit

als besonders geeignet erscheinen und daher am weiteren Verfahren Beteiligung finden

sollen. Die Vorlage von mehr als drei Referenzen ist nicht gewünscht. Sofern die Zahl der

geeigneten Bewerber/Bewerbergemeinschaften unter drei liegt, behält sich der AG vor,

geeignete Bewerber/Bewerbergemeinschaften (bei denen keine Ausschlussgründe nach §§123,

124 GWB vorliegen und die geforderte Eignung verfügen) einzuladen und somit das Verfahren

fortzuführen. Sollten sich auf Grundlage der aufgeführten Vorgehensweise und nachfolgend

genannten Punkteverteilung Punktegleichstand ergeben, wodurch die vorgesehene Anzahl

der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, erfolgt die Auswahl der

Bewerber/Bewerbergemeinschaften durch Losentscheid. A) Punktebewertung

Beschäftigtenanzahl - Durchschnittliche Anzahl der letzten 3 Jahre (Maximal erreichbare

Punktzahl - 30): über 5 Mitarbeiter (Vollzeitbeschäftigte) im Bereich der Objektplanung: 30

Punkte 3-5 Mitarbeiter (Vollzeitbeschäftigte) im Bereich der Objektplanung: 15 Punkte Weniger

als 3 Mitarbeiter (Vollzeitbeschäftigte) im Bereich der Objektplanung: 0 Punkte B)

Punktebewertung der unternehmensbezogenen Referenzen 1,2,3,4 (Insgesamt maximal

erreichbare Punktzahl inklusive Zusatzpunkte - 120) : (a) Kriterium - Herstellkosten: Referenz

1 und 3: Anrechenbare Herstellkosten (KG200-500 nach DIN 276) über 22 Mio. EUR netto: 5

Punkte Anrechenbare Herstellkosten (KG200-500 nach DIN 276) über 18-22 Mio. EUR netto:

3 Punkte Anrechenbare Herstellkosten (KG200-500 nach DIN 276) über 15-18 Mio. EUR

netto: 1 Punkt Referenz 2 und 4: Anrechenbare Herstellkosten (KG200-500 nach DIN 276)

über 4 Mio. EUR netto: 5 Punkte Anrechenbare Herstellkosten (KG200-500 nach DIN 276)
über 3-4 Mio. EUR netto: 3 Punkte Anrechenbare Herstellkosten (KG200-500 nach DIN 276)
über 2-3 Mio. EUR netto: 1 Punkt (b) Kriterium - Erbrachte Leistungsphasen - der
Objektplanung für Gebäude gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 Nummer 10.1 zu
§ 34 Absatz 4 (Referenz 1 und 2) - der Fachplanung für die technischen Ausrüstung HLSKE
gemäß § 53 Nr. 1-8 HOAI und § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 Nummer 15.1 zu § 55
Abs. 3 HOAI (Referenz 3 und 4) Leistungsphase 1: 1 Punkt Leistungsphase 2: 1 Punkt
Leistungsphase 3: 1 Punkt Leistungsphase 4: 1 Punkt Leistungsphase 5: 1,5 Punkte
Leistungsphase 6: 1 Punkt Leistungsphase 7: 1 Punkt Leistungsphase 8: 1,5 Punkte
Leistungsphase 9: 1 Punkt (c) Kriterium - Art der Hochbaumaßnahmen: Referenz 1 und 3:
Neubau, Erweiterungsbau, Sanierung, Umbau oder Modernisierung im Hochbau: 5 Punkte
Kein Neubau, Erweiterungsbau, Sanierung, Umbau oder Modernisierung im Hochbau: 0
Punkte Referenz 2 und 4: Sanierung, Umbau oder Modernisierung im Hochbau: 5 Punkte
Keine Sanierung, Umbau oder Modernisierung im Hochbau: 0 Punkte (d) Kriterium -
Gebäudenutzungsart: Referenz 1 und 3: Büro, Verwaltung oder vergleichbare Nutzungsart: 5
Punkte Schule: 4 Punkte Hotel: 3 Punkte Wohnungen: 2 Punkte Klinik: 1 Punkt (e) Kriterium -
Öffentlicher Auftraggeber: Referenz 2 und 4 und Zusatzpunkte bei Referenz 1 und 3:
Referenzgeber ist öffentlicher Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber: 5 Punkte
Referenzgeber ist kein öffentlicher Auftraggeber oder kein Sektorenauftraggeber: 0 Punkte (f)
Kriterium - Projektmaßnahme nach RBBau abgewickelt: Referenz 2 und 4: Projekt nach
RBBau abgewickelt: 5 Punkte Projekt nicht nach RBBau abgewickelt: 0 Punkte

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1 - Eigenerklärung über das Nicht-Vorliegen von
Ausschlussgründen nach §123 GWB 2 - Eigenerklärung über das Nicht-Vorliegen von
Ausschlussgründen nach §124 GWB 3 - Eigenerklärung gemäß §19 Abs. 3

Mindestlohngesetz (MiLog) 4 - Eigenerklärung zur Russland-Sanktion

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eintragung in Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über die Eintragung des Unternehmens
in das Berufs- oder Handelsregister.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Jahresumsatz und Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1 - Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den
vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit
vergleichbaren Leistungen 2 - Eigenerklärung über das Bestehen einer
Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 10 Mio. EUR für
Personen- und Sachschäden sowie mind. 300.000 EUR Vermögensschäden oder
Eigenerklärung, im Auftragsfall einen entsprechenden Versicherungsvertrag zu schließen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Anzahl der Beschäftigten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich sind. Gefordert ist die durchschnittliche Anzahl der letzten 3 Jahre von mindestens 6 Vollzeitmitarbeiter im Bereich der Objektplanung. Die maximal erreichbare Punktzahl für dieses Kriterium ist 30.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 30,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: (1) Eigenerklärung über ein Referenzprojekt 1 über die Erbringung von Leistungen der Objektplanung für Gebäude eines Neubau-, Erweiterungsbau-, Sanierungs-, Umbau-, oder Modernisierungsprojekt im Büro oder Verwaltungsbau oder einer vergleichbaren Nutzungsart mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 500 von über 22 Mio. EUR netto gemäß DIN 276. Der Auftraggeber kann ein öffentlich oder ein Sektorenauftraggeber sein (Zusatzpunkte). Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen der Objektplanung für Gebäude gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 Nummer 10.1 zu § 34 Absatz 4 erbracht worden sein. Der Abschluss des Projekts (Abnahme/Inbetriebnahme) darf nicht vor dem 01.Juni 2021 erfolgt sein. (2) Eigenerklärung über ein Referenzprojekt 2 über die Erbringung von Leistungen der Objektplanung für Gebäude eines Sanierungs-, Umbau-, oder Modernisierungsprojekt im Hochbau mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 500 über 4 Mio. EUR netto gemäß DIN 276. Der Auftraggeber sollte ein öffentlich oder ein Sektorenauftraggeber sein. Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen 1-9 der Objektplanung für Gebäude gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 Nummer 10.1 zu § 34 Absatz 4 erbracht worden sein. Der Abschluss des Projekts (Abnahme/Inbetriebnahme) darf nicht vor dem 01. Juni 2021 erfolgt sein. Das Projekt sollte nach RBBau abgewickelt worden sein. (3) Eigenerklärung über ein Referenzprojekt 3 über die Erbringung von Leistungen der Fachplanung für technische Ausrüstung (HLSKE) eines Neubau-, Erweiterungsbau-, Sanierungs-, Umbau-, oder Modernisierungsprojekt im Büro oder Verwaltungsbau oder einer vergleichbaren Nutzungsart mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 500 von über 22 Mio. EUR netto gemäß DIN 276. Der Auftraggeber kann ein öffentlich oder ein Sektorenauftraggeber sein (Zusatzpunkte). Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen 1-9 der Fachplanung für technische Ausrüstung (HLSKE) gemäß § 53 Nr. 1-8 HOAI und § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 Nummer 15.1 zu § 55 Abs. 3 HOAI erbracht worden sein. Der Abschluss des Projekts (Abnahme/Inbetriebnahme) darf nicht vor dem 01.Juni 2021 erfolgt sein. (4) Eigenerklärung über ein Referenzprojekt 4 über die Erbringung von Leistungen der Fachplanung für technische Ausrüstung (HLSKE) eines Sanierungs-, Umbau-, oder Modernisierungsprojekt im Hochbau mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 500 über 4 Mio. EUR netto gemäß DIN 276. Der Auftraggeber sollte ein öffentlich oder ein Sektorenauftraggeber sein. Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen 1-9 der Fachplanung für technische Ausrüstung (HLSKE) gemäß § 53 Nr. 1-8 HOAI und § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 Nummer 15.1 zu § 55 Abs. 3 HOAI erbracht worden sein.. Der Abschluss des Projekts (Abnahme/Inbetriebnahme) darf nicht vor dem 01.Juni 2021 erfolgt sein. Das Projekt sollte nach RBBau abgewickelt worden

sein. Bezüglich der drei Referenzprojekte 1,2,3,4 ist zu beachten, dass diese von Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen sind. Die maximal erreichbare Punktzahl für dieses Kriterium ist 120.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 120,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufliche Qualifikation

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ist der Bieter eine natürliche Person, muss dieser berechtigt sein, die nachfolgend Berufsbezeichnung zu tragen bzw. entsprechend dieser in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu werden: "Architekt" oder "Ingenieur". Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß vorstehend benennen. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss ein Mitglied (natürliche oder juristische Person) die genannten Anforderungen erfüllen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Für das Zuschlagskriterium "Honorar" können max. 40 Punkte erreicht werden.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept zur Herangehensweise

Beschreibung: Für das Konzept zur Herangehensweise können max. 40 Punkte erreicht werden.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personalkonzept

Beschreibung: Für das Personalkonzept können max. 20 Punkte erreicht werden.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 20/08/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DMZHG04/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DMZHG04>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4DMZHG04>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/08/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle kann von den Bewerbern oder Bietern, unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichberechtigung, die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen auffordern. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für Bürgergemeinschaften gilt: Es gibt keine Vorgaben bezüglich der Rechtsform. Es ist die Einreichung einer von allen Mitgliedern der Bürgergemeinschaft unterzeichneten Erklärung erforderlich. Folgender Inhalt ist hierbei einzuhalten: - Plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bürgergemeinschaft - Aufführung des bevollmächtigten Vertreters der Bürgergemeinschaft - Erklärung, dass der genannte Vertreter die Mitglieder der Bürgergemeinschaft während des gesamten Verfahrens rechtsverbindlich vertritt. - Erklärung über die Berechtigung des bevollmächtigten Vertreters mit der uneingeschränkten Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, - Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bürgergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Der jeweilige Vertrag regelt die finanziellen Angelegenheiten zwischen AG und AN.

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Demnach wird bezüglich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren auf §160 GWB verwiesen: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein

Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Bezüglich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten §§134, 135 GWB. Nach §134 Abs.1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Nach § 134 Abs.2 GWB darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Gemäß §135 Abs.2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach §135 Absatz 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SSB Stuttgarter Straßenbahnen AG

Beschaffungsdienstleister: CPM GmbH Gesellschaft für Projektmanagement

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: SSB Stuttgarter Straßenbahnen AG

Registrierungsnummer: HRB 69

Postanschrift: Schockenriedstraße 50

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland
Kontaktperson: CPM GmbH / Frau Deniz Sunkak
E-Mail: 2447@cpm.gmbh
Telefon: +49 15158887374

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: CPM GmbH Gesellschaft für Projektmanagement

Registrierungsnummer: HRB 244170

Postanschrift: Mercedesstraße 3/1

Stadt: Sindelfingen

Postleitzahl: 71063

Land, Gliederung (NUTS): Böblingen (DE112)

Land: Deutschland

Kontaktperson: CPM GmbH / Frau Deniz Sunkak

E-Mail: 2447@cpm.gmbh

Telefon: +49 15158887374

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium
Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721-9268730

Fax: +49 721-9263985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b9e4bb7e-79ef-48cf-87f3-c2d00cfabee - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/07/2024 21:03:33 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 452253-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 145/2024
Datum der Veröffentlichung: 26/07/2024